

„Grüne im Land sind wirtschaftsnah“

Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW), über nationale Grenzkontrollen und die Wahl

Der Gedanke an innereuropäische Grenzkontrollen ist für viele Wirtschaftsverbände ein Graus – sie befürchten einen zähen Warenverkehr und einen Geist der Abschottung. Mario Ohoven, Präsident des Mittelstandsverbands BVMW, hält dagegen.

VON WOLFGANG MOLITOR
UND MELANIE MAIER

Herr Ohoven, einer kürzlich erschienenen Studie zufolge drohen der Wirtschaft Milliardenverluste, sollten Grenzkontrollen eingeführt werden. Sind Sie gegen nationale Außengrenzen?

Damit die Integration überhaupt eine Chance hat, muss jetzt der unkontrollierte Zustrom gestoppt werden – und das schließt deutsche Grenzkontrollen ein. Ich weiß, dass andere Wirtschaftsverbände solche Maßnahmen strikt ablehnen, weil angeblich zwischen fünf und zehn Milliarden Euro an Belastung auf uns zukommen würden. Aber Grenzkontrol-

„Die Flüchtlinge von heute können bestenfalls die Fachkräfte von übermorgen sein“

len sind in der gesamtwirtschaftlichen Abwägung für uns das kleinere Übel. Ich frage einfach: Ist es unseren Kindern, ist es unseren Enkeln zuzumuten, jetzt fünf bis zehn Milliarden zu sparen, um sie stattdessen anschließend mit bis zu 900 Milliarden Euro Flüchtlingskosten zu belasten?

Wie kommen Sie auf diese Zahl?

Professor Bernd Raffelhüschen von der Universität in Freiburg hat diese Zahl errechnet. Ich halte das für plausibel: Wenn drei Millionen Flüchtlinge nach Deutschland kommen und sie holen jeweils vier Angehörige

im Rahmen des Familiennachzugs nach – dann haben wir hier zwölf Millionen Flüchtlinge. Ob es uns nun tatsächlich 900 Milliarden kosten wird oder nur 400: Zwischen fünf und zehn Milliarden und diesen dreistelligen Milliardenbeträgen besteht ein Unterschied wie Tag und Nacht. Und aus diesem Grunde sollten wir Grenzkontrollen einführen.

Aber das würde doch gerade den Mittelstand treffen, der im kleinen Grenzverkehr häufiger unterwegs ist als die großen Unternehmen.

Wir können fünf bis zehn Milliarden eher verkraften als ein paar Hundert Milliarden. Wenn dann argumentiert wird, die Flüchtlinge würden hier den Binnenkonsum ankurbeln, erwidere ich: ja, aber nur kurzfristig und zudem mit gepumptem Geld. Denn woher kommen die Milliarden? Wir als Bürger müssen am Ende mehr Steuern zahlen.

Man hofft ja auch auf die Flüchtlinge als Steuerzahler. Es gibt viele Unternehmen wie Bosch oder Daimler, die sagen: Für uns sind diese Menschen eine Riesenchance.

Die Chancen auf eine schnelle Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt sind äußerst gering. Unser Verband hat zum Jahresende eine Umfrage unter 3000 Unternehmen gemacht. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Betriebe sind prinzipiell dazu bereit, Ausbildungs- und Arbeitsplätze anzubieten. Und das tun sie ja auch. Aber mehr als 78 Prozent aller Mittelständler halten nicht einmal jeden zehnten Flüchtling für direkt vermittelbar in Ausbildung oder Arbeit. Das sieht auch Frau Nahles so. Die Flüchtlinge von heute können also bestenfalls die Fachkräfte von übermorgen sein. Da von einer Riesenchance zu sprechen fällt mir schwer.

Wäre es hilfreich, den CDU-Vorschlag aufzunehmen und Flüchtlinge beim Mindestlohn den Langzeitarbeitslosen gleichzustellen?

Ich halte das für einen guten Vorschlag. Aus einem ganz einfachen Grund: Kein Mittelständler kann es sich im Wettbewerb leisten, Flüchtlinge ohne Sprachkenntnis und Qualifikation für 8,50 Euro Stundenlohn einzu-

Zur Person

Mario Ohoven

- **1946** geboren in Neuss; verheiratet mit Unesco-Botschafterin Ute Ohoven; 2 Kinder (Tochter Chiara und Sohn Michael); Chef einer Unternehmensgruppe für Vermögensberatung
- **1997** Präsident des Wirtschaftssenats des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW)
- **Seit 1998** Präsident des BVMW
- **Seit 2002** Präsident des europäischen Dachverbands nationaler Mittelstandsvereinigungen
- **Seit 2003** Vorsitzender des Kuratoriums der Forschungsstelle mittelständische Wirtschaft der Universität Marburg (StN)



Foto: dpa

stellen. Da ist es besser, wenn man Flüchtlinge temporär dasselbe zahlt wie Langzeitarbeitslosen. Beim Thema Fachkräftemangel sollte man auch die Digitalisierung mit in den Blick nehmen. Wir wissen aus Studien, dass sie mittelfristig bis zu 500 000 Arbeitsplätze kosten kann. Deshalb sollte man sich auch die Frage stellen: Wie langfristig ist das Facharbeiterproblem?

Um noch einmal auf das Land zu sprechen zu kommen: Wir sehen hier einen Aufschwung der FDP. Was macht die Partei attraktiver für Mittelständler und Freiberufler als vorher?

Die FDP war einmal in ihrem eigenen Grundverständnis die Partei des Mittelstands, keine Frage. Wenn sie dieses Selbstverständnis wieder zur Grundlage ihrer Politik macht, bin ich davon überzeugt, dass die Mittelständler das bei der Wahl honorieren werden. Denn wir brauchen ein ordnungspolitisches Korrektiv im Bund

und auf Landesebene. Dieses Korrektiv war die FDP.

Mit welchen Themen könnte die FDP punkten?

Ich habe FDP-Chef Lindner, den ich öfters sehe, klar die Forderungen des Mittelstands mit auf den Weg gegeben: Weniger Bürokratie, weniger Steuern und Abgaben, eine bessere Förderung von Unternehmensgründungen – denn noch nie sind so wenige Unternehmen gegründet worden in Deutschland wie in den letzten fünf Jahren. Und noch nie wurde so wenig investiert von deutschen Unternehmen wie innerhalb der letzten drei Jahre. Die FDP sollte sich daher einsetzen für ein Wagniskapitalgesetz, für eine steuerliche Technologieförderung und eine bessere digitale Bildung. Die Digitalität ist das Öl von morgen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann behauptet: Die Grünen sind eine Wirtschaftspartei. Stimmen Sie ihm zu?

In Baden-Württemberg sehe ich die Grünen als eine wirtschaftsnahen Partei. Der Ministerpräsident kommt hier hervorragend bei den Unternehmern an. Er ist dem Mittelstand sehr zugetan, wie ich es in mehreren Gesprächen mit ihm erlebt habe. Das gilt ebenso für den Wirtschaftsminister Nils Schmid von der SPD. Beispiel: Er plädiert bei der Erbschaftsteuer für einen Freibetrag von 100 Millionen, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble von der CDU für 20 Millionen Euro. Der grüne Umweltminister Franz Untersteller besucht Unternehmer, hört sich ihre Probleme an und versucht nachweislich, sie zu lösen. Selbst der grüne Verkehrsminister Winfried Hermann leugnet nicht mehr die Bedeutung der Autos für die Arbeitsplätze. Er will jetzt die A 8 zwischen Stuttgart und München auf sechs bis acht Spuren ausbauen – wer hätte das vor ein paar Jahren gedacht.

Also keine Wechselstimmung beim Verband?

Ja, keine Wechselstimmung (lacht). Die Grünen im Ländle werden immer mittelstandsfreundlicher. Allerdings: Eine große Zahl der Grünen ist da noch nicht ganz so weit.